

Antrag

**der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

Entschließung zur Entwicklungszusammenarbeit des Landes – globale Verantwortung übernehmen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die unter Mitwirkung der entwicklungspolitischen Akteure entstandenen entwicklungspolitischen Leitlinien als Richtlinien der Politik des Landes.
2. Der Landtag unterstützt die Ziele der Global Marshall Plan Initiative.
3. Der Landtag unterstützt die gute Kooperation des Landes mit dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dessen Organisationen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit.
4. Der Landtag weist darauf hin, dass die von den Vereinten Nationen (UN) und der Europäischen Union (EU) zur Jahrtausendwende beschlossenen Millenniumsziele, die auch den entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes zugrunde liegen, in vielen Ländern verfehlt werden und im Rahmen der Post-2015-Agenda der UN weiterentwickelt und umgesetzt werden müssen.
5. Der Landtag stellt fest, dass die Ziele des Global Marshallplans und die Millenniumsziele nur mit einer kohärenten Politik unter Einbeziehung aller politischen Ebenen zu verwirklichen sind.
6. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie sich bundesländerübergreifend über den Bundesrat und auf der Ebene der europäischen Regionen für eine breite Unterstützung der Global Marshall Plan Initiative einsetzt.
7. Der Landtag begrüßt den Ansatz der Landesregierung, die Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe weiter ressortübergreifend zu gestalten und zu stärken.
8. Der Landtag würdigt die besondere Bedeutung des entwicklungspolitischen Engagements der Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg und deren umfassende Mitwirkung am „Welt:Bürger gefragt!“ (Entwicklungspolitischer Dialogprozess der Landesregierung) und fordert, diese kontinuierlich fortzusetzen.

9. Der Landtag unterstützt die Landesregierung bei ihren gemeinsam mit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) und den Akteuren des entwicklungspolitischen Netzwerks in Baden-Württemberg aus Nichtregierungsorganisationen (NRO), Kommunen, Kirchen, Wissenschaft und Wirtschaft erarbeiteten entwicklungspolitischen Ansätzen und Aktivitäten.
10. Der Landtag wird seine gute Tradition des gemeinsamen entwicklungspolitischen Engagements über Parteigrenzen hinweg weiterführen und den Dialog mit den Vertreterinnen und Vertretern des Netzwerks im Rahmen des Runden Tische Entwicklungszusammenarbeit fortführen.
11. Der Landtag erklärt seine Bereitschaft, im Rahmen der Partnerschaft des Landes mit Burundi eine Partnerschaft der Parlamente als eigenständigen Beitrag zu verankern und die Ausgestaltung der Partnerschaft auch von parlamentarischer Seite aktiv zu betreiben.

25. 09. 2013

Hauk
und Fraktion

Sitzmann
und Fraktion

Schmiedel
und Fraktion

Dr. Rülke
und Fraktion

Begründung

Baden-Württemberg ist international stark vernetzt, zum einen durch die vielfältigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu anderen Ländern in Europa und weltweit, zum anderen durch die vielen Menschen aus verschiedenen Ländern, die hier leben.

Der Landtag von Baden-Württemberg stellt sich der globalen Verantwortung. Entwicklungspolitische Verantwortung wahrzunehmen ist ein wesentliches Element einer an Nachhaltigkeit ausgerichteten Landespolitik. Entwicklungspolitik ist deshalb in Baden-Württemberg zu Recht mehr als eine freiwillige Landesaufgabe. Dies liegt im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten. Eine Entwicklungspolitik, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Tragfähigkeit mit kultureller Selbstbestimmung, gewaltfreier Konfliktkultur und demokratischer Partizipation verknüpft, ist eine Zukunftsinvestition, die den Menschen überall zugutekommt – hier bei uns und global.

In der Tradition des Landes Baden-Württemberg hat die Landesregierung ihrer Entwicklungspolitik mit den entwicklungspolitischen Leitlinien das Leitbild einer global nachhaltigen Entwicklung zugrunde gelegt, die sich gleichermaßen in wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Tragfähigkeit und politischer Stabilität ausdrückt. Dies entspricht der Zielsetzung des Global Marshall Plans als breiter Initiative aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft.